

Moin moin, salam,

mein Name ist Matthias Schuh, ich bin einer der Menschen aus unserem Stadtteil, die sich seit einem Jahr in der Gemeinschaftsunterkunft Schellingstraße Tübingen engagieren.

Die Bundesregierung, allen voran Innenminister de Maiziere, rechtfertigt die massenhaft geplanten Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten ja permanent damit, dass Afghanistan ein sogenanntes "hinreichend sicheres" Land ist. Schließlich sorgen deutsche Soldaten und Polizisten ja seit beinahe 15 Jahren in Afghanistan für Ordnung und „hinreichende Sicherheit“. Eine Flucht aus diesem angeblich so wohlgeordneten und sicheren Land ist deshalb für den Bundesinnenminister grundsätzlich „nicht akzeptabel“.

Vielleicht geht es Ihnen ähnlich wie mir, wenn Sie solche Äußerungen hören: Sie kennen die aktuellen Nachrichten und Bilder aus Afghanistan, Sie kennen die Geschichten, die afghanische Geflüchtete von ihrer persönlichen Verfolgung, von Krieg und Terror in allen Regionen ihres Heimatlandes erzählen – und Sie fragen sich, wie um Himmels willen man darauf kommen kann, dass dort irgendwo und irgendetwas „hinreichend sicher“ sei. „Hinreichend sicher“, das klingt ja auch erstmal wenig greifbar.

Und da müssen wir wirklich aufpassen: denn dieser Begriff „hinreichend sicher“ wird von de Maiziere, Strobl und anderen Abschiebefanatikern eben nicht nur inflationär verwendet um in der öffentlichen Debatte Pflöcke einzuschlagen. Dieses „hinreichend sicher“ ist nämlich vor allem auch ein juristisch definierter Kampfbegriff, der von diesen Leuten sehr bewusst etabliert wird. Dieser Begriff hat drastische rechtliche Auswirkungen auf die Anerkennungs- und Bleibeperspektiven von Geflüchteten aus den vermeintlich „hinreichend sicheren“ Herkunftsländern.

Eine Woche nach dem schweren Bombenanschlag auf das gut gesicherte deutsche Konsulat in Masar-i-Sharif mit 6 Toten und über 120 Verletzten erschien am 17. November in der ZEIT online ein gut recherchierter Artikel dazu mit dem aufschlussreichen Titel "Die kalte Rechnung des Innenministers".

Der Begriff "hinreichend sicher" beruht demnach auf der Annahme, es ließe sich mathematisch eine "beachtliche Wahrscheinlichkeit" dafür berechnen, dass ein Mensch nach seiner unfreiwilligen Rückkehr in Afghanistan einer individuellen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sei. Laut Bundesverwaltungsgericht (2011) ist es dann z.B. bei einem mathematisch berechneten Verhältnis zwischen Gewaltopfern und Gesamtbevölkerung von 1 zu 800 durchaus "okay", ein Land als "hinreichend sicher" zu bezeichnen und dorthin abzuschicken.

Das Bundesamt für Migration berechnet in einem seiner Textbausteine für die Ablehnung von afghanischen Asylbewerbern eine Sterbewahrscheinlichkeit von 0,074% für Zivilisten bezogen auf Gesamt-Afghanistan - das klingt zunächst nach wenig, basiert aber auf der offiziell geschätzten Zahl von 20000 Opfern von Krieg und Gewalt in Afghanistan allein für das Jahr 2015, gemessen an einer geschätzten Noch-Gesamtbevölkerung von 27 Millionen Menschen.

Zum Vergleich: Die Wahrscheinlichkeit, als Zivilist in Deutschland während des verheerenden 2. Weltkriegs durch Kriegseinwirkung ums Leben zu kommen war im Schnitt nur 4 Mal höher, sie lag nämlich bei 0,3%.

Die meisten „Langzeit-Deutschen“ werden bei einem Blick in ihre eigene Familiengeschichte nachvollziehen können, was diese ebenfalls abstrakt niedrig scheinenden 0,3% konkret für die jeweils Betroffenen und ihre gesamten Familien bedeutet haben, an Tod, Not, Vertreibung und psychisch-emotionalen Schädigungen, oft über Generationen hinweg.

Klingt zynisch und menschenverachtend? Ist es auch, genauso wie es zynisch und menschenverachtend ist, zuerst selber die Schutzquote für afghanische Geflüchtete durch politischen Druck auf die zuständigen Behörden auf unter 50% absenken zu wollen, um anschließend zu argumentieren, dass bei einer derart geringen Schutzquote ja erwiesen sei, dass Afghanistan ein sicheres Herkunftsland sein müsse. Das ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung mit Todesfolge. Aber diese wird – wie gesagt – bereits vorab mit deutscher Gründlichkeit von deutschen Politikern, deutschen Gerichten und Ämtern mit einkalkuliert und in Kauf genommen.

Bevor wir jetzt ausschließlich auf die rechts-konservativen Hardliner in Berlin, Stuttgart und anderswo schimpfen: auch hier in Tübingen dürfen wir ja ebenfalls regelmäßig die Erfahrung machen, dass sich studierte grüne Mathematiker in verantwortlicher Position öffentlich an derart zynischen Zahlenspielen berauschen. Auch die Landesregierung unter der Führung eines grünen Ministerpräsidenten trägt diese menschenverachtenden Verschärfungen der Abschiebepaxis mit.

Als Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit sind wir nahezu täglich mit diesem „Zynismus von Staats wegen“ konfrontiert. Wir beobachten auf allen Ebenen, wie sich diese politisch bewusst produzierte Menschenverachtung von ganz oben nach ganz unten durch die Verwaltungsstrukturen in Bund, Ländern und Gemeinden durchpaust.

Auch auf den untersten Ebenen, bei den einzelnen BAMF-Entscheidern oder Sachbearbeitern in den Ausländerbehörden, zeigt sich dieser Zynismus immer öfter in der offensichtlichen Angst, die Vorschriften und Gesetze auch nur mit einem Mindestmaß an menschlicher Verantwortung anzuwenden.

Gesetzlich garantierte Ermessensspielräume auch in Härtefällen werden dort mittlerweile konsequent ignoriert um konkrete Abschiebungen auch in definitiv nicht sichere Herkunftsländer anordnen und durchführen lassen.

Mich persönlich macht das zunehmend wütend, frustriert und fassungslos. Das ist nicht gut, denn Wut und Frust sind bekanntlich nicht immer die besten Ratgeber.

Gut und wichtig ist, diesen Unmut und die Kritik an der aktuellen Abschiebepolitik immer wieder gemeinsam und öffentlich zu formulieren - sicher werden wir uns da noch zu vielen weiteren Protestaktionen wie der heutigen treffen müssen.

Ich befürchte aber, dass trotzdem noch viel Zeit vergehen wird bis sich an den Denk- und Handlungsweisen in den Behörden und bei den Abschiebefans aus allen Parteien etwas zum Guten ändern wird – und die jetzt mit Abschiebung bedrohten Geflüchteten aus Afghanistan und vielen anderen vermeintlich „sicheren“ Ländern haben genau das eben nicht mehr: viel Zeit.

Zusätzlich zu den heute hier geäußerten politischen Forderungen nach Abschiebestopps und sicheren Bleibeperspektiven finde ich deshalb, dass wir darüber hinaus jetzt gemeinsam aktiv werden und hier vor Ort Strukturen schaffen müssen, um menschenrechtswidrige Abschiebungen konkret und effektiv verhindern zu können - wenn es sein muss, auch mit den Mitteln eines verantwortungsvollen zivilen Ungehorsams!

Ich möchte dafür werben, dass wir hier in Tübingen beginnen, uns auch in diesem Bereich zu vernetzen. Danke schön.